

# PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 5. September 2024

## Die Sommerferien sind vorbei, jetzt heißt es gemeinsam anpacken!

51 Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft und Wissenschaft fordern Umdenken der Politik im  
Kampf gegen Kinderarmut

Gemeinsam mit ihren Mitstreiter:innen im *Ratschlag Kinderarmut* fordert die evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf) Bund, Länder und Kommunen auf, endlich gemeinsam an einem Strang zu ziehen: Weg von einem Kooperationsverbot zwischen den föderalen Ebenen und hin zu einem Kooperationsgebot.

Ein Aufwachsen in Armut wirkt sich auf die Teilhabe an der Gesellschaft aus und prägt Menschen für ihr gesamtes Leben. Seit Jahrzehnten verharrt die Kinder- und Jugendarmut in Deutschland auf dem viel zu hohen Niveau von 20 Prozent. Die Dauer, die Kinder und Jugendliche in Armut leben, verlängert sich sogar seit Jahren. Vor dem Hintergrund einer Sparpolitik, die auch vor Angeboten für Kinder, Jugendliche und ihre Familien nicht haltmacht, fordert der *Ratschlag Kinderarmut* ein Umdenken. Nicht die Frage, wer welche Maßnahmen bezahlt, sollte im Vordergrund stehen, sondern die Förderung eines guten Aufwachsens für alle. Dafür braucht es eine Stärkung der Infrastruktur vor Ort. Martin Bujard, Präsident der eaf, ist überzeugt: „Kinder, Jugendliche und ihre Eltern brauchen vor allem eine verlässliche Infrastruktur. Zu dieser gehört auch unser bundesweites Netz aus evangelischen Familienbildungszentren, die die Sorgearbeit der Familien aktiv mit Angeboten unterstützen. Aufgrund jahrelanger praktischer Erfahrung in diesem Bereich unterstützen wir den Appell des Ratschlags deshalb aus vollem Herzen.“

Die eaf fordert seit Jahren einen Rechtsanspruch auf Familienförderung im § 16 SGB VII und die verpflichtende Einbeziehung von Familienbildung in die kommunale Jugendhilfeplanung. Das gesunde Aufwachsen der Kinder in Deutschland darf nicht von Haushaltslagen, föderalen Streitigkeiten oder Kann-Leistungen abhängen.

Für den Präsidenten der eaf ist klar: „Wenn staatliche Strukturen sich gemeinsam zuständig fühlen und die verantwortlichen Stellen Hand in Hand gehen bei der Unterstützung von Familien, stärken wir das Vertrauen in den Staat und damit auch in unsere Demokratie. Dies vermitteln Familienbildungseinrichtungen in den Ferien genauso wie davor und danach!“

Die gemeinsame Erklärung des Ratschlag Kinderarmut 2024 „Vom Kooperationsverbot zum Kooperationsgebot!“ finden Sie anbei sowie auf unserer Homepage [Vom Kooperationsverbot zum Kooperationsgebot | evangelische arbeitsgemeinschaft familie \(eaf-bund.de\)](#)

**Ansprechpartnerin: Konstanze Hartmann-Boudol, E-Mail: [Hartmann-Boudol@eaf-bund.de](mailto:Hartmann-Boudol@eaf-bund.de)**

*Die evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf) ist der familienpolitische Dachverband in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Die Interessen der Evangelischen Familienbildung werden in der eaf vom Forum Familienbildung vertreten.*

## **Den Appell haben unterzeichnet:**

Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V.  
Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e. V.  
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW  
Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e. V.  
AWO Bezirksverband Hannover e. V.  
AWO Bezirksverband Mittelrhein e. V.  
AWO Bezirksverband Niederrhein e. V.  
AWO Bezirksverband Potsdam e. V.  
AWO Bundesverband e. V.  
AWO Region Hannover e. V.  
Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V.  
Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V.  
Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrichtung und Kindertagespflege (BEVKi)  
Bundesforum Männer e. V.  
Bundesjugendwerk der AWO e. V.  
Bundesverband der Familienzentren e. V.  
Bundesverband der Mütterzentren e. V.  
Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung  
Der Kinderschutzbund Bundesverband e. V.  
Deutsche Gesellschaft für Systemische Beratung, Therapie und Familientherapie (DGSF e. V.)  
Deutsche Liga für das Kind e. V.  
Deutscher Bundesjugendring e. V.  
Deutscher Caritasverband  
Diakonie Deutschland  
Deutsches Kinderhilfswerk e. V.  
evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V.  
Evangelischer Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe e. V. (EBET)  
Familienplanungszentrum Berlin e. V.  
Freie Universität Berlin

Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
KINDERVEREINIGUNG e. V.  
Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e. V.  
National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention e. V.  
Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband RLP/SAL  
Präventionsketten Niedersachsen: Gesund aufwachsen für alle Kinder!  
Progressiver Eltern- u. Erzieher:innen-Verband NRW e.V. (PEV NRW)  
Save the Children Deutschland e. V.  
Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e. V.  
SHIA-Bundesverband e. V.  
Sozialdienst katholischer Frauen – Gesamtverein e. V.  
Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD)  
Sozialverband VdK Deutschland e. V.  
Stiftung SPI  
Tafel Deutschland e. V.  
Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e. V. (VAMV)  
Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V.  
VPK-Bundesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e. V.

**Darüber hinaus wird der Appell mitgetragen von:**

Gerda Holz, Politikwissenschaftlerin und Sozialarbeiterin, Bochum  
Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, EvH RWL Bochum/Universität Gießen  
Prof. Dr. Silke Tophoven, Hochschule Düsseldorf